

Rede von Torsten Burmester, Oberbürgermeister der Stadt Köln

Anlass: dbb Jahrestagung 2026

Ort, Datum: Koelnmesse Congress-Centrum Nord, 12.01.2026

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Geyer,

sehr geehrte Frau Kreutz,

sehr geehrter Herr Minister Dobrindt,

liebe Mitglieder des dbb beamtenbund und tarifunion,

sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir eine besondere Freude, Sie zumindest dieses Mal –

auch wenn es das letzte Mal in Köln ist – begrüßen und

willkommen heißen zu dürfen.

„Starker Staat – krisenfest und bürgernah.“ So haben Sie Ihre heutige Tagung überschrieben – und ich stimme Ihnen zu: Es braucht einen starken Staat! Einen funktionierenden Staat. Eine verlässliche Verwaltung, die Dienstleisterin für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land ist – und vor allem auch so wahrgenommen wird. Als Partnerin, als Ermöglicherin, als Beraterin.

Diese Rollenbeschreibung trifft auf keine andere staatliche Ebene so sehr zu wie auf die kommunale.

Hier erleben Bürgerinnen und Bürger ihren Staat – bei der Eheschließung, bei der Gewerbeanmeldung, beim Antrag auf Sozialhilfe.

Oder wie der vor 150 Jahren in Köln geborene Staatsmann Konrad Adenauer schon 1957 sagte:

„Demokratie wird am besten in den Gemeinden gelehrt. Dort werden die praktische Arbeit und das Ergebnis einer Abstimmung unmittelbar sichtbar.“

Meine Damen und Herren, wir alle wissen: angesichts der Finanznot können die Kommunen ihren eigentlichen Aufgaben immer weniger gerecht werden. Ganz zu schweigen, von der Quadratur des Kreises, inmitten der Finanzkrise die Verwaltung modern und digital aufzustellen.

Vieles funktioniert nicht wie es sollte – und Fortschritte sind angesichts einer dramatischen Haushaltslage mühsam. Im November, mit meinem Amtsantritt, musste ich für die Kölner Stadtverwaltung eine Haushaltssperre verkünden – weil sich die Finanzsituation über das Jahr hinweg immer weiter zugespitzt hatte.

All das geschieht zur Unzeit. Gerade jetzt, wo die Zweifel an unserem Staat ohnehin wachsen – und alles, was nicht rund läuft, erfolgreich gegen die Demokratie als Ganzes in Stellung gebracht wird.

So oft wir alle schon das Bild der Kommune als Keimzelle der Demokratie bejaht und gepriesen haben – so wenig hat es bislang gewirkt. Das muss ich in dieser Deutlichkeit sagen. Denn um als demokratische Keimzelle wirken zu können, braucht es hinlängliche Ressourcen.

Punktuell Investitionspakete zu schnüren, bringt uns nicht mehr weiter. Ebenso wenig befristete Förderprogramme oder einmalige Zuschüsse. Es braucht jetzt endlich strukturelle und dauerhaft tragfähige Lösungen, wenn wir es ernst meinen mit der grundgesetzlich verankerten kommunalen Selbstverwaltung!

Wir Städte und Gemeinden brauchen endlich finanzielle Verlässlichkeit!

Bund und Länder sind daher gefordert, eine dauerhaft auskömmliche Finanzierung der Städte und Gemeinden sicherzustellen!

Das ist meine Erwartung und meine klare Forderung!

Meine Damen und Herren, eine strukturelle Neuaufstellung kommunaler Finanzen entbindet weder von der Haushaltsdisziplin noch von der Haushaltskonsolidierung.

Das ist völlig klar. Maßhalten bleibt – wie bereits jetzt – selbstverständlich.

In der Stadtverwaltung bewirtschaften wir den derzeitigen Haushaltsplan bereits sehr restriktiv und prüfen Ausgaben streng. Ein noch größerer Kraftakt wird die Aufstellung eines neuen Haushalts. Schmerzhafte Entscheidungen stehen an.

Soziale Gerechtigkeit bleibt das Richtmaß, und das Vermeiden eines Haushaltssicherungskonzepts das Ziel!

Kölns finanzielle Lage ist dramatisch – so wie das für viele Kommunen in Deutschland der Fall ist.

Und deshalb muss Maßhalten auch mit Blick auf die aktuellen Einkommensrunden im öffentlichen Dienst selbstverständlich sein – nicht zuletzt, weil es der demokratischen Akzeptanz von Einkommenssteigerungen bedarf.

Gleichzeitig gilt aber auch – und das ist mir wichtig zu betonen –, dass die Beschäftigten nicht die jahrelangen Versäumnisse der Finanzpolitik ausbaden müssen!

Im ureigensten Interesse aller Demokratinnen und Demokraten braucht es wettbewerbs- und leistungsgerechte Gehälter im öffentlichen Dienst: Denn nur mit engagierten, motivierten und klugen Köpfen wird es uns gelingen, die vor uns liegenden Transformationsaufgaben zu meistern. Nur mit Kolleginnen und Kollegen, die sich im Wortsinn „wertgeschätzt“ fühlen, gelingt es uns, die Verwaltung leistungsfähig, stark und bürgernah weiterzuentwickeln. Oder um es mit den Worten des langjährigen und viel zu früh verstorbenen dbb-Vorsitzenden Ulrich Silberbach zu sagen:

„Gegen schwindendes Vertrauen in den Staat hilft eine konsequente Stärkung des öffentlichen Dienstes.“

Ulrich Silberbach hatte recht!

Wir dürfen die Herausforderungen für die Demokratie nicht unterschätzen. Wir befinden uns in einer Zeit multipler Krisen:

geopolitisch, ökonomisch – unser Fundament der westlichen Weltordnung wankt, unser transatlantisches Bündnis wankt, Werte verschieben sich.

Es gibt eine Sehnsucht nach disruptiven, nihilistischen Politikern – vom Schlagzeug eines Javier Milei: Die Kräfte der Selbstzerstörung nehmen zu.

In der Stadt – und da ist Köln deutschlandweit keine Ausnahme – spüren die Menschen, dass manches nicht mehr so funktioniert, wie es müsste. Sie vertrauen politischen Institutionen zunehmend nicht mehr, weil sie nicht mehr daran glauben, dass die Politik ihre Probleme löst.

Wir brauchen in einer Demokratie Vertrauen – stattdessen wächst das Misstrauen.

Und in diesem Klima kippt in öffentlichen Debatten notwendige Kritik immer öfter in Richtung fundamentale Opposition. Doch unser Gemeinwesen ist darauf angewiesen, dass sich zwischen unterschiedlichen Positionen Räume demokratischer Veränderung öffnen.

Also lassen Sie uns in diesem Sinne über die Lösungen gegenwärtiger Probleme streiten, damit Zukunft entstehen kann.

Ihre Jahrestagung in Köln kann dazu gewiss einen wichtigen Beitrag leisten. Alles Gute Ihnen allen und ein hoffnungsvolles Jahr 2026 für unsere Demokratie!